

NACHRICHTEN

Neuer Prozess gegen Ocalan verschoben

ISTANBUL/ANKARA: Der zweite Prozess gegen den Chef der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, und 100 seiner Anhänger ist am Mittwoch in Ankara fortgesetzt worden. Kurz nach Beginn wurde die Verhandlung vertagt. Im ersten Verfahren war Öcalan Ende Juni wegen Hochverrats und zahlreicher Morde zum Tode verurteilt worden. Er ist auf der Gefängnis-Insel İmralı inhaftiert und war bei der Verhandlung am Mittwoch nicht anwesend. Im neuen Prozess geht es um Verbrechen, die die Gruppe vor 1980 begangen haben soll. Nach Angaben der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu wurde die Verhandlung nach kurzer Zeit verschoben.

Osttimor: Kommando bei Blauhelmen

DILI: Nach einem fünfmonatigen Einsatz hat die multinationale Friedenstruppe für Osttimor (Interfet) am Mittwoch ihr Kommando planmässig an die UNO-Mission in Osttimor (UNTAET) übergeben. UNTAET soll beim Wiederaufbau der weitgehend zerstörten Inselhälften helfen. Der Chef der Interfet, der australische Generalmajor Peter Cosgrove, verliess am Morgen nach einer kurzen Abschiedszeremonie Osttimor an Bord eines australischen Truppentransporters. Zum Abschied flogen einige Black Hawk-Hubschrauber eine Ehrenrunde über dem Hafen von Dili. Zugleich wurde die Fahne der Interfet zum letzten Mal gehisst.

Kurden vor der Staatsanwaltschaft



ISTANBUL: Die festgenommenen kurdischen Bürgermeister sind am Mittwoch der Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes in Diyarbakir vorgeführt worden. Die Bürgermeister der Städte Diyarbakir, Siirt und Bingöl waren am Wochenende festgenommen worden. Den Politikern der pro-kurdischen Demokratie-Partei des Volkes (HADEP) wird unter anderem vorgeworfen, auf Europa-Reisen Kontakte zu Mitgliedern der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gehabt zu haben. HADEP-Chef Ahmet Turan Demir forderte unterdessen die umgehende Freilassung der Politiker. In der südostanatolischen Stadt Diyarbakir und in der westtürkischen Küstenstadt Izmir protestierten erneut Hunderte von Menschen gegen die Festnahme. Die Polizei in Diyarbakir löste eine nicht genehmigte Demonstration auf.

Acht Jahre Haft für ETA-Terrorist

PARIS: Der frühere Chef der Terror-Kommandos der baskischen Separatistenorganisation ETA, Jose Javier Arizcuren Ruiz, ist am Mittwoch von der Strafkammer in Paris zu acht Jahren Haft verurteilt worden. Der Terrorist mit dem Decknamen «Kantauri», der als die «Nummer drei» in der ETA-Führung galt, darf ausserdem nach Ende seiner Haft französischen Boden nicht mehr betreten. Arizcuren Ruiz war im März 1999 zusammen mit fünf Komplizen in Paris festgenommen worden. Die Strafkammer hat neben ihm ein Dutzend weitere Mitglieder der militanten baskischen Separatistenorganisation verurteilt. Ihnen war Zugehörigkeit zu einer Terror-Vereinigung vorgeworfen worden.

Arabische Liga will in Beirut tagen

KAIRO: Als Zeichen der Solidarität werden die Aussenminister der Arabischen Liga erstmals nicht in Kairo, sondern in der libanesischen Hauptstadt Beirut zu ihrem Halbjahrestreffen zusammenkommen. Das für den 11. und 12. März geplante Sitzung solle die Solidarität mit dem Libanon nach den israelischen Angriffen ausdrücken, sagte der Generalsekretär der Organisation, Esmat Abdel Meguid, am Mittwoch in Kairo.

Albaner sollen zurückkehren

KFOR-Pläne zur Wiederansiedelung in serbischem Stadtteil von Mitrovica

MITROVICA: Trotz der jüngsten Spannungen in Kosovska Mitrovica will die KFOR-Friedenstruppe in der kommenden Woche mit der Wiederansiedelung von Albanern im serbisch dominierten Norden der Stadt im Kosovo beginnen. Albaner, die dort eine Wohnung nachweisen könnten, sollten in drei Hochhäuser zurückgebracht werden, teilte das KFOR-Kommando am Mittwoch in Mitrovica mit.

Die Serben drohten umgehend mit einer neuen Eskalation. KFOR-Soldaten durchsuchten im serbischen Nordteil zahlreiche Häuser und stellten unter anderem mehrere Granaten, Gewehre, Munition sowie einen Granatwerfer sicher.

Nach Angaben der NATO wurden mindestens acht Menschen wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommen. Die 300 US-Soldaten zogen sich nach der dreistündigen Razzia über den Fluss Ibar wieder in den albanischen Teil der Stadt zurück. Am Nachmittag verliessen sie Mitrovica und kehrten in ihre Quartiere im Südosten des Kosovo zurück. Französische Truppen setzten die Durchsuchungen fort und brachen zum Teil in verschlossene Häuser und Garagen ein. Der deutsche General der KFOR, Klaus Reinhardt, kündigte weitere Razzien an.



Zuständen wie im Guerillakrieg müssen sich die KFOR-Soldaten derzeit in Mitrovica stellen. Überall drohen ihnen Hinterhalte. (Bild: Keystone)

Bevor die Albaner in der kommenden Woche in den Norden Kosovos zurück gehen könnten, müssten sie von Freitag an einen Nachweis dafür erbringen, dass sie eine Wohnung hätten, teilte das KFOR-Kommando mit. Zum Schutz der Albaner soll eine kleine Brücke über den Ibar in Höhe der drei Hochhäuser gebaut werden. Ein Sprecher der Serben, Oliver Ivanovic, kritisierte die KFOR-Pläne. Sollten sie umgesetzt werden, würde die Krise in Mitrovica in zehn bis 15 Tagen ihren Höhepunkt erreichen.

Reinhardt machte in der «Bild»-Zeitung den jugoslawischen Staatspräsidenten Slobodan Milosevic für die jüngsten Unruhen in der Stadt verantwortlich. Milosevic sei nicht an einer friedlichen Entwicklung im Kosovo interessiert. Zugleich sprach sich Reinhardt für mehr Polizisten in Mitrovica aus. Auch Walter Schwimmer, Generalsekretär des Europarates, kritisierte Milosevic. «Mit seinem Regime wird es auf Dauer keine Stabilität geben, ohne Jugoslawien aber auch nicht», sagte er in Bukarest. Ein NATO-Sprecher kündigte unterdessen eine Sonder-sitzung über die Lage in Mitrovica am Freitag an. Über die aktuelle Situation informierte der Oberbefehlshaber der Organisation in Europa, Wesley Clark, den NATO-Rat am Mittwoch in Brüssel.

Der ehemalige Bosnien-Beauftragten der EU, Hans Koschnick, äusserte unterdessen die Überzeugung, dass die Unruhen in Mitrovica vorhersehbar waren. Er sagte am Mittwoch im InfoRadio Berlin-Brandenburg, man hätte wissen müssen, dass die Führung Serbiens alles tun werde, um in einem Teil des Kosovos, in dem genügend Serben wohnen, immer wieder kleine Unruhen zu organisieren.

Äthiopien greift Eritrea an

ASMARA: Nach achtmonatiger Kampfpause hat Äthiopien am Mittwoch nach Angaben der eritreischen Regierung sein Nachbarland erneut angegriffen. Etwa 3000 äthiopische Soldaten hätten entlang der Burie-Front eritreisches Gebiet attackiert. Dies sagte ein Sprecher des Präsidenten in Asmara der Nachrichtenagentur AFP. Bei den anschliessenden Gefechten seien etwa 120 Äthiopier getötet und vier Soldaten gefangen genommen worden. Zu den Verlusten auf eritreischer Seite wurden keine Angaben gemacht. Beide Kriegsparteien hatten im Juli vergangenen Jahres einem Friedensplan der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) zur Beilegung ihres Grenzkonflikts zugestimmt. Sondergesandte der USA und der OAU sind zur Zeit in der Region, um eine Fortsetzung des Krieges zu verhindern.

Cook in Moskau

Abgerissene Gespräche wieder aufgenommen

MOSKAU: Mit einem Besuch von Aussenminister Robin Cook in Moskau haben Grossbritannien und Russland, den seit dem Kosovo-Krieg abgerissenen Gesprächsfäden wieder angeknüpft.

Bei Treffen mit dem russischen Übergangspräsidenten Wladimir Putin und Aussenminister Igor Iwanow am Mittwoch mahnte Cook gleichzeitig eine politische Lösung für den Tschetschenien-Krieg an, meldeten die russischen Nachrichtenagenturen.

Grossbritannien war neben den USA eine treibende Kraft im Kosovo-Krieg 1999. Moskau als traditioneller Verbündeter der Serben hatte die NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien scharf kritisiert und deshalb die Kooperation mit dem Westen eingeschränkt.

Jetzt sagte Putin zu Cook: «Es ist angenehm, sie im Kreml zu sehen,

weil die Pause bei Kontakten auf dieser Ebene schon zu lange gedauert hat.» Er und Cook kamen bei dem eineinhalbstündigen Gespräch überein, die bilaterale politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen.

Der britische Aussenminister sagte, beide Seiten hätten zum Thema Tschetschenien einen «sehr nützlichen Dialog» geführt. Er verwies auf die britischen Probleme mit Nordirland. Terrorismus könne nur besiegt werden, wenn gleichzeitig nach einer politischen Lösung gesucht werde.

Nach Angaben der Agentur Interfax riet Cook den Russen, mehr Hilfe der internationalen Gemeinschaft zur Beilegung des Konfliktes zu suchen. Ähnlich wie jetzt mit Grossbritannien hatte Russland vergangene Woche bereits die Zusammenarbeit mit der NATO wieder aufgenommen.

Sparen in der Landwirtschaft

BRÜSSEL: Die EU-Kommission hat ihr Agrarpreis-Paket für die Jahre 2000 und 2001 geschnitten. Die Garantiepreise für Getreide sollen in diesem Zeitraum um 7,5 Prozent planmässig gesenkt werden. Das teilte die Brüsseler Behörde am Mittwoch mit. Nach dem EU-Reformpaket der «Agenda 2000» sollen diese Preise in den Wirtschaftsjahren 2000/2001 und 2002/2002 um insgesamt 15 Prozent reduziert werden. «Das bietet den Landwirten eine zuverlässige Planungsgrundlage», sagte Agrarkommissar Franz Fischler. Die Vorstellungen der Kommission sehen ausserdem vor, die Preise für Zucker, Reis, Schweine- und Schaffleisch stabil zu halten. Nach der im vergangenen Jahr beschlossenen Agenda 2000 sollen die Gesamtausgaben der EU im Agrarbereich bis 2006 auf durchschnittlich 40,5 Milliarden Euro pro Jahr begrenzt werden.

Zehntausende demonstrieren

Aufbruch gegen ETA in Spanien nach neuem Anschlag

MADRID: Nach dem neuen Mordanschlag haben am Mittwoch zehntausende Menschen in ganz Spanien gegen den Terror der baskischen Untergrundorganisation ETA demonstriert. Auf Transparenten forderten sie: «Basta ya!» («Es reicht!»).

In der baskischen Hauptstadt Vitoria nahmen auch Ministerpräsident José Maria Aznar, mehrere Minister und der sozialistische Oppositionschef Joaquin Almunia bei strömendem Regen an einer Mahnwache teil. Innenminister Jaime Mayor Oreja erklärte, die ETA versuche, den Wahlkampf zu den Parlamentswahlen am 12. März zu torpedieren.

Mehrere hundert Menschen versammelten sich in der Hauptstadt Madrid zu einem stillen Protest. Auch in Barcelona, Santiago de Compostela, Sevilla und Valladolid trafen sich mehrere hundert Menschen vor den Rathäusern.

In San Sebastian gingen dagegen auch einige ETA-Anhänger auf die Strasse und beschimpften die Par-

teien von Aznar und Almunia als «Mörder». In Vitoria waren am Vortag der Fraktionschef der Sozialisten (PSOE) im baskischen Regionalparlament, Fernando Buesa, und sein Leibwächter bei der Explosion

einer Autobombe getötet worden. Der 53-jährige Buesa war das 772. Todesopfer der ETA und einer der ranghöchsten Politiker, der je von der Separatistenorganisation ermordet wurde.



Zahlreiche Menschen erwiesen dem ermordeten Fraktionschef der Sozialisten (PSOE) im baskischen Regionalparlament, Fernando Buesa, gestern Mittwoch die letzte Ehre. (Bild: Keystone)

USA: Neuer Dialog mit Iran?

WASHINGTON: Nach einer zwei Jahrzehnte langen Eiszeit haben die USA einen neuen Dialog mit Iran in Aussicht gestellt. Angesichts des Erfolgs der Reformer bei der Parlamentswahl seien Veränderungen in Sicht, sagte der Sprecher des Weissen Hauses, Joe Lockhart, am Mittwoch in Washington. Es gebe einige Themen, die es zu besprechen gelte, etwa die Produktion von Massenvernichtungswaffen in Iran, die Unterstützung des Terrorismus und die Ablehnung des Friedensprozesses im Nahen Osten. Auch die EU begrüsst das Wahlergebnis. Die Ratspräsidentschaft in Lissabon bekräftigte den Willen zur Fortsetzung der Annäherung an Iran. Nach ihrem überraschend deutlichen Erfolg am Freitag hatten sich auch bereits einige iranische Reformpolitiker für ein neues Kapitel in den iranisch-amerikanischen Beziehungen ausgesprochen. Mohammedreza Chatami, Bruder von Präsident Mohammed Chatami und Anführer der grössten Reformgruppe in Iran, rief die USA dazu auf, Schritte einzuleiten, um das Misstrauen abzubauen.